

## Der Palast der Republik lebt – trotz alledem

Rudi Denner - Dieter Lämpe  
Freundeskreis „Palast der Republik“

30 Jahre nach dem „Mauerfall“ sollte im Spätherbst 2019 das Humboldt-Forum im Berliner Schloss auf dem Berliner Schlossplatz eröffnet werden. Nun werden spätere Termine erörtert. Es wird dort errichtet, wo einst der aus politisch motivierten Gründen abgerissene Palast der Republik stand. Das geschah gegen den mehrheitlichen Willen insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung und ist wohl eines der prominentesten Beispiele für den kritikwürdigen Umgang der politisch Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland mit Bewahrenswertem der DDR im Prozess der sogenannten Wiedervereinigung.

Die von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages mehrheitlich gefassten Beschlüsse zur Gestaltung des Berliner Schlossplatzes waren und bleiben unglaublich, weil für das vorgesehene Bauvorhaben weder ein Nutzungskonzept noch ein Finanzierungsmodell vorlag.

Politische Verantwortung für den Abriss des Palastes der Republik, für diesen Akt des Vandalismus, haben mehrere Bundeskanzler und deren zuständige Fachminister. Darunter auch die gegenwärtige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die als Bürgerin der DDR den Palast der Republik aus persönlichem Erleben sicherlich gekannt hat. Langanhaltende Proteste, Massenpetitionen, Mahnwachen, sanfte Palastbelagerungen und andere Aktionen des aktiven und passiven Widerstands wurden von den verantwortlichen Politikern jahrelang missachtet. Auf entsprechende Gesprächsangebote der vielen Palastbefürworter wurde nicht reagiert.

Hatten sie Angst, beispielsweise der Freundeskreis würde Bezug nehmen auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland - Artikel 15 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen?“ Diente etwa das Haus des Volkes, der Palast der Republik, nicht dem Wohle der Allgemeinheit?

Die Missachtung der entsprechenden Festlegungen im Einigungsvertrag (§ 35 EV „Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen“) provoziert die Frage, ob denn der Palast der Republik nicht zur „kulturellen Substanz“ gehörte. Ein unübersehbares Beispiel ist der Palast der Republik aber auch für die seit Jahrzehnten betriebene milliardenteure und umfassende Entsorgung, Klitterung und Verfälschung der Geschichte auf Kosten der Steuerzahler. Aus Sicht seriöser Geschichtsbetrachtung und -behandlung ist das einseitig und damit im höchsten Maße unglaubwürdig.

Der 2007 gegründete Freundeskreis Palast der Republik, eine Bürgerinitiative, setzt das Wirken der Bürgerinitiative „Pro Palast“ unter veränderten Bedingungen und Zielstellungen fort.

Im Mittelpunkt des langjährigen Wirkens der 1993 gegründeten Bürgerinitiative „Pro Palast“ stand der Kampf um die Erhaltung des Palastes und der Protest gegen die Abrissabsichten.

Der Freundeskreis Palast der Republik wirkt deutschlandweit und hat Mitglieder beispielsweise in Greifswald, Schwerin, Görlitz, Erfurt, Suhl, Essen, Frankfurt a.M., Bad Homburg, Sömmerda und Dessau, um nur einige Orte zu nennen. Der Arbeitsschwerpunkt des Freundeskreises besteht darin, die Erinnerungen an den Palast der Republik auf vielfältige Weise, insbesondere im künftigen Humboldtforum wachzuhalten. Dem dienen Recherchen und Dokumentationen des Freundeskreises nicht nur zum Palast der Republik, sondern auch zu den Vorgängen, die den Berliner Schlossplatz seit 1990 bis in die Gegenwart betreffen. Eine Wanderausstellung mit mehr als 30 Auflagen wurde gestaltet. Sie ist thematisch strukturiert und zeigt beispielsweise das vielfältige Leben im Palast, die Volkskammer, Kunst, Gastronomie, Veranstaltungen ebenso wie die Architektur,

### Zu Ehrenmitgliedern der ISOR e.V. wurden auf Beschluss des Vorstandes

ernannt:

**Horst Lippert** in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Entwicklung der TIG Aschersleben, deren Gründungsmitglied er war und die er langjährig als ihr Vorsitzender geleitet hat;

**Hartwig Müller** (TIG Berlin-Köpenick) in Würdigung seiner besonderen Verdienste im Kampf um die Anerkennung von Verpflegungs- und Bekleidungs- als rentenwirksame Leistungen, bei dem er seine Autorität und hohe Sachkompetenz als ehemaliger Stellvertreter des Ministers des Inneren erfolgreich eingebracht hat;

**Ewald Kupka** (TIG Berlin-Weißensee), der sich als Gründungsmitglied seiner TIG und Mitglied des Vorstandes in vorbildlicher Weise beim Aufbau seiner TIG und deren vielfältigen Aktivitäten engagiert hat;

**Walter Krüger** (TIG Güstrow), der als langjähriger TIG-Vorsitzender weit über die eigene TIG hinaus öffentlichkeitswirksame Initiativen entwickelt und sich offensiv der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit politischen Mandatsträgern gestellt hat.

seine großartigen Möglichkeiten und natürlich auch die Veranstaltungen des Theaters im Palast, kurz das TiP.

Der Freundeskreis hat die mehrjährige Zwischennutzung des Palastes in ihrer Vielfalt ebenso dokumentiert wie den anschließenden Palastabbriss, von der zustän-

digen Berliner Senatsverwaltung irreführend „Rückbau“ genannt. Auch die Zeit danach bis zur Gegenwart ist Bestandteil unserer Dokumentationsarbeit. Auf diese Weise entstand eine Dokumentation über ein etwa halbes Jahrhundert Palastgeschehen einschließlich der entsprechenden Diskussionen im Deutschen Bundestag bzw. die Maßnahmen zur Gestaltung des Berliner Schlossplatzes.

Mehr als 30 Zeitzeugen haben in Wort und Bild vor der Palastruine ihre Meinung bzw. Kritik, ihre Wut und Betroffenheit zur Palastvernichtung zum Ausdruck gebracht, darunter solche Persönlichkeiten wie Dr. Bruno Flierl, ein prominenter Architekturhistoriker der DDR, Dr. Hans Modrow, Dr. Klaus Höpke, Prof. Dr. Heinrich Fink. Auch diese Dokumentationen, deren Einmaligkeit außer Zweifel steht, sind Bestandteil der Wanderausstellung.

Diese wurde von zigtausend interessierten Bürgern in Berlin, Radebeul und Dortmund besucht.

Sie wurden eröffnet u.a. von Dr. Modrow, Ministerpräsident der DDR a.D., Prof. Dr. Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Mechler, Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., Dr. Flierl, Architekturhistoriker, Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Dr. Gesine Loetzsch, Mitglied des Deutschen Bundestages. Vielfältige Unterstützung und Hilfe erfuhr und erfährt der Freundeskreis durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, vielen Ausstellungsbesuchern, der Bundestagsfraktion DIE LINKE, dem „Neuen Deutschland“ der „Jungen Welt“ und den jeweiligen Hausherren der Wanderausstellungen. Ihnen sind wir zu Dank verpflichtet.

Bürgerliche Hauptstadtmedien u.a. haben trotz vieler Angebote den Kontakt mit dem Freundeskreis bisher gemieden. Warum? Oft sind diese Ausstellungen auch Begegnungsorte für ehemalige Mitarbeiter des Palastes, Palasterbauern und vor allem von Palastbesuchern.

In diesen Rahmen treffen sich Mitglieder des Freundeskreises zu Gesprächen mit linken Politikern, der Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. dem Vorstand der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss. Letztere begannen bereits 2011 und wurden bis in die Gegenwart fortgeführt. Schwerpunkt dieser sachlich-konstruktiven Gespräche ist das Thema Gestaltung der Erinnerung an den Palast der Republik im künftigen Humboldtforum.

Diese Gespräche haben seit einiger Zeit zu Formen einer konkreten Zusammenarbeit geführt. Der Freundeskreis hat bei dieser Gelegenheit dem Vorstand der Stiftung seinen grundsätzlichen Standpunkt zu den Vorgängen auf dem Berliner Schlossplatz seit 1990 übergeben.

Er ist in den „25 Thesen zum Palast der Republik und Schlossplatz Berlin 1990 bis 2015“ formuliert und wurde sowohl der Öffentlichkeit als auch der Bundesregierung und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages übergeben. Diese Thesen und insbesondere die darin formulierten konkreten Vorschläge zum Thema Erinnerungskultur an den Palast der Republik im künftigen Humboldtforum waren und sind die Grundlage der Gespräche des Freundeskreises, gleich mit welchen Gesprächspartnern, beispielsweise auch mit dem Deutschen Bundesarchiv. Die Arbeit des Freundeskreises geht weiter, sie ist realitätsorientiert und wird fernab jeder Nostalgie und Betroffenheitslyrik organisiert. Sie ist langfristig orientiert und konzentriert sich u.a. auf Schwerpunkte, so auf

- die weitere Konkretisierung der Vorschläge des Freundeskreises zur Erinnerungskultur an den PdR im Humboldt-Forum und die Fortführung der entsprechenden Gespräche mit den Verantwortlichen der Stiftung Humboldt-Forum im Berliner Schloss,
- den weiteren Ausbau des Projektes der Wanderausstellung in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen Institutionen,
- die Prüfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit des Freundeskreises mit dem Deutschen Historischen Museum und ähnlichen Einrichtungen,
- den Ausbau und die weitere Vernetzung des Freundeskreises innerhalb des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. und darüber hinaus,
- weitere Themenbezogene Recherchen und Fotodokumentationen 2019-2021 und später,
- die Gewinnung weiterer Mitglieder des Freundeskreises zur aktiven Mitarbeit.

Das Wirken des Freundeskreises um die Erinnerungskultur zum Palast der Republik geht weiter.

Längst hat dieses Thema eine beachtliche gesellschaftliche Dimension erreicht, wie folgende Beispiele zeigen:

Ein Expertengespräch zum „Thema Palast der Republik - Ein Erinnerungsort neu diskutiert“ veranstaltet vom Humboldt-Forum im Berliner Schloss fand im Frühjahr 2016 statt. Daran nahmen Fachleute aus ganz Deutschland teil.

Eine Ausstellung der Gemäldegalerie des Palastes der Republik im Museum Barberini in Potsdam unter dem Titel „Dürfen Kommunisten träumen?“ wurde wegen der hohen Besucherfrequenz um Monate verlängert.

Im Haus der Berliner Festspiele wurde ein Wochenende im März 2019 dem Palast

der Republik gewidmet. Bei einer Pressekonferenz stellte die Leitung des Humboldt-Forums im Mai 2019 ihr Konzept vor, wie im künftigen Forum an den Palast der Republik erinnert werden soll.

Die Kunsthalle Rostock eröffnete im Mai 2019 eine Ausstellung zum Palast der Republik.

Der Freundeskreis Palast der Republik wertet solche Aktivitäten als begrüßenswerte Anfänge und wird sie aufmerksam und kritisch begleiten. Wir rufen alle interessierten Bürger dazu auf, unser Anliegen aktiv zu unterstützen.

**Macht mit!**

\*

### **Aus der Arbeit des Vorstandes**

Horst Parton informierte über Gespräche mit dem Ostbeauftragten der Partei DIE LINKE, Matthias Höhn sowie mit Prof. Dr. Dr. Merten. Diese Gespräche dienten der Vorbereitung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten der ISOR, darunter die Erarbeitung einer Stellungnahme zur abweisenden Antwort des Petitionsausschusses, die Fertigstellung einer Dokumentation zum Rentenstrafrecht sowie die Vorbereitung von Schreiben an Ministerpräsidenten der Länder in enger Abstimmung mit dem OKV.

\*

Ohne Illusionen muss davon ausgegangen werden, dass in naher Zukunft weder auf juristischem noch auf politischem Weg Veränderungen in unserer Sache zu erreichen sind. Berechtigte Hoffnungen gelten, sobald die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik erfolgt ist.

\*

Hartwig Müller berichtete, dass der 5. Senat des sächsischen (LSG) am 18.06.2019 im Gegensatz zu einem Urteil seines 4. Senats und den LSG der anderen ostdeutschen Bundesländer die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen als rentenwirksame Leistungen abgelehnt hat. In Mecklenburg-Vorpommern werden jetzt wie auch in Berlin und Sachsen-Anhalt diese Leistungen anerkannt. Anspruchsberechtigte sollten - soweit noch nicht geschehen - Anträge bei den zuständigen Versorgungsträgern stellen.

\*

## Gebhardt / Bartl: Staatsregierung muss endlich Rentengerechtigkeit für ehemalige (Volks)Polizisten in Sachsen herstellen

Heute (18. Juni d. Red.) entschied der 5. Senat des Sächsischen Landessozialgerichts über weitere Fälle, in denen frühere Angehörige der Deutschen Volkspolizei um die Anerkennung ihres zur Dienstzeit gezahlten Bekleidungs- und Verpflegungsgeldes bei der Rentenberechnung streiten.

Die LINKEN-Abgeordneten Rico Gebhardt und Klaus Bartl haben drei Kläger begleitet. Die Linksfraktion streitet seit längerem dafür, dass die Ansprüche der Betroffenen auch in Sachsen anerkannt werden.

### Dazu erklärt Rico Gebhardt, Vorsitzender der Linksfraktion:

Ich bin immer noch baff: Die Vorsitzende Richterin, die aus Westdeutschland stammt, hält das Bekleidungs- und Verpflegungsgeld nicht für ruhegehaltstauglich. Begründung: Es habe 1960 eine Vorlage des Ministerrats an das „ZK der DDR“ (gemeint wohl: ZK der SED) gegeben, mit diesen Zahlungen für eine feste Bindung der Beschäftigten an den Staat zu sorgen. Die Hal-

tung, dass die Entscheidung zwischen Flucht in den Westen und Verbleib im Dienst von ein paar Mark Sold mehr oder weniger abhängt, war damals schon absurd. Umso erstaunter bin ich, dass ein bundesdeutsches Gericht sie im Jahre 2019 als entscheidungsleitend ansieht.

Dutzende Landessozialgerichte sowie der 4. Senat des Sächsischen Landessozialgerichts sehen die Sache anders (Az.: L 4 RS 226/16 ZVW; L 4 RS 232/15 ZVW).

Einer der Betroffenen erhält nun nach jahrelanger Polizeiarbeit keine Anrechnung des Bekleidungs- und Verpflegungsgeldes, seine Ehefrau schon – weil sie das Glück hatte, beim 4. Senat zu landen. Solche Absurditäten entstehen, weil sich Verantwortliche wie Innenminister Wöllner dahinter verschanzen, den Rechtsweg bis zum Erbrechen auszureizen. Diese sächsischen Sonderwege sorgen für Frust! Denn die Mehrheit der Gerichte sieht es als gerechtfertigt an, ehemaligen Volkspolizistinnen und Volkspolizisten, von denen viele auch nach 1990 im Dienst waren oder sind, Ruhegehalt auch für das Beklei-

dungs- und Verpflegungsgeld zu zahlen. Es wäre eine vernünftige politische Entscheidung, wenn auch Sachsen diesen Ausgleich endlich gewähren würde. In der DDR hatten die Angehörigen der Volkspolizei nur einen Arbeitgeber, heute wird nach Wohnort geurteilt – das ist absurd und trägt nicht zum sozialen Frieden bei.

### Klaus Bartl, Sprecher für Verfassungs- und Rechtspolitik, fügt hinzu:

Wir sind gespannt auf die schriftliche Urteilsbegründung. Sollte das Gericht die abenteuerliche Argumentation wiederholen, die es heute mündlich geäußert hat, hätten wir es mit dem abstrusen Fall zu tun, dass ein Senat eines Landessozialgerichts seine Rechtsansicht aus einer Vorlage ans ZK der SED bezieht. Das ist gemessen an rechtsstaatlichen Maßstäben hoch problematisch. Wir vertrauen darauf, dass der Rechtsstaat das am Ende zu korrigieren vermag, und stehen weiter an der Seite der Kläger.

\*

### Erinnern und Gedenken

Am 16. Juni 2019 jährte sich zum 74. Mal der Todestag von Generaloberst Nikolai Bersarin. Er war der erste Stadtkommandant von Berlin, der nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus und der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht sich Verdienste bei der Überwindung der Kriegsschäden in Berlin erwarb.

Mitglieder des Vereins „Berliner Freunde der Völker Russlands e. V.“, Vertreter des Vereins „ISOR e. V.“, Mitglieder des „RotFuchs Fördervereins“ und der Abgeordnete der Partei „Die Linke“ Sebastian Schüsselburg trafen sich am 18. Juni 2019 am Gedenkstein für den Ehrenbürger der Stadt Berlin, Nikolai Bersarin, zum Erinnern und Gedenken. Seitens der Botschaft der Russischen Föderation, nahm der Botschaftsrat, W. Danilin mit seiner Gattin an dieser Veranstaltung teil. Frau Brigitte Großmann (Verein „Berliner Freunde der Völker Russlands“) und der Botschaftsrat sprachen Worte des Erinnerns und über die Notwendigkeit, im Rahmen der Völkerverständigung, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zu verbessern. Die geschichtlichen Gemeinsamkeiten beider Länder sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Der im kommenden Jahr zu begehende 75. Jahrestag des 8. Mai soll auch Anlass sein, um mit vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen einen

würdigen Rahmen für diesen Tag zu schaffen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat bereits das Datum des 8. Mai 2020 zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Bringen wir uns unterstützend dafür ein, dass dieses Datum weiterhin ein Feiertag oder Festtag in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen bleiben wird.

Lothar Schlüter

### Würdigung für Helga Picht

Die Wortmeldung in der **ISOR aktuell** vom April 2019 „Und Korea bewegt sich doch“ von Prof. Dr. sc. Helga Picht ist bei unseren Mitgliedern auf ein großes Interesse gestoßen. In Leserbriefen und auf Veranstaltungen verschiedener TIG wurde darauf Bezug genommen.

Am 13. Juni 2019 verlieh die Deutsch-Koreanische Gesellschaft e.V. im Senatssaal der Humboldt-Universität Berlin Helga Picht den Mirok Li-Preis. Mit dem Preis werden jährlich alternierend deutsche und koreanische Persönlichkeiten geehrt, die sich um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Korea besonders verdient gemacht haben. Mirok Li (1899 – 1950) war ein herausragender Gelehrter mit großem Einfluss auf die deutsch-koreanischen Beziehungen.

Der Präsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft nannte Helga Picht die herausragendste lebende Koreanistin. Die Teilnahme von mehr als 100 Gästen bei der Preisverlei-

hung sei einmalig und zeige die hohe Wertschätzung, die sich Helga Picht über mehr als 60 Jahre erworben hat. Das Besondere sei, dass sie als Koreanistin und Übersetzerin sowohl in der KDVR und in der Republik Korea als auch in der DDR und in der BRD gearbeitet und große Bekanntheit erreicht habe.

Hans Modrow erinnerte in seiner verlesenen Glückwunschkarte an zahlreiche gemeinsame Begegnungen mit führenden Repräsentanten der DDR und der KDVR, bei denen Helga Picht nicht nur Übersetzerin war, sondern auch Mittlerin zwischen beiden brüderlich verbundenen Staaten.

Der Botschafter der Republik Korea brachte bei seiner Würdigung für Helga Picht zum Ausdruck, dass auf der koreanischen Halbinsel intensiv an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden koreanischen Staaten gearbeitet werde. Dabei bestehe die friedliche Koexistenz als aktuelle Aufgabe. Wann und wie eine Wiedervereinigung stattfinde, sei später zu entscheiden.

Der Laudator Prof. Dr. Rüdiger Frank, (Universität Wien), ein früherer Schüler von Helga Picht, betrachtete vor allem ihr Wirken als Ordentliche Professorin für Koreanistik an der Humboldt-Universität Berlin. Er verwies darauf, dass sie 1992 nicht freiwillig in den Vorruhestand versetzt wurde. Ihr Lehrstuhl existiert heute nicht mehr.

Gegenwärtig beschäftigt sich Helga Picht mit der 20-bändigen koreanischen Familiensaga „Land“ der Schriftstellerin Pak Kyongni. Bisher hat sie sechs Romane und einen Erzählungsband übersetzt und herausgegeben.

Ihre Dankesrede hielt Helga Picht frei. Wir spürten ihre Ergriffenheit nach der Preisverleihung. Zahlreiche Ereignisse, Treffen und Begebenheiten gingen ihr durch den Kopf

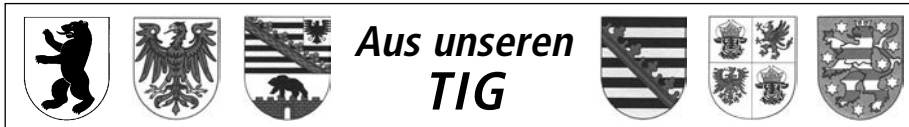
und sie wollte uns daran teilhaben lassen. Welche Bedeutung die Veröffentlichung des Beitrages von Helga Picht in der **ISOR aktuell** für sie hatte, lässt sich daran erkennen, dass sie in ihrer Rede ausführlich erklärte, wofür ISOR steht. Die meisten Gäste hatten davon sicher noch nie etwas gehört. Die Genossen Bischoff und Bonatz aus unserem Vorstand und einige andere Mitglieder

unserer Gemeinschaft hat die ISOR-Werbung natürlich gefreut.

Allen Anwesenden bleibt aber besonders Helga Pichts letzter Satz in Erinnerung, gleichsam als ihr Auftrag:

Wir brauchen Frieden, in Korea, in Europa und überall.

\*



### Grüße aus dem Norden

In Vertretung unserer ca. 1000 Mitglieder haben wir uns wieder wie in jedem Jahr Anfang Juni mit ca. 30 Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern unserer territorialen Gruppen zu unserem jährlichen Traditionstreffen zusammengefunden, um zusammen mit Vorstandsmitgliedern unseres Vereins, Prof. Horst Bischoff und Manfred Jonischkies sowie dem Leiter der Revisionskommission Peter Alff die aktuelle Lage in und um unseren Verein zu debattieren und zu verstehen sowie unsere Positionen für die Zukunft abzustimmen.

Die wesentlichste Grundlage dafür waren uns auch in diesem Jahr wieder die Informationen und Erläuterungen von Horst Bischoff, ergänzt durch unseren Landesbeauftragten Manfred Jonischkies. Beide vermittelten uns interessante Hintergrundinformation, die uns in die Lage versetzt, Ausführungen in **ISOR aktuell** um die Probleme in unserem Verein besser zu verstehen. Peter Alff gab uns wichtige Hinweise zur Nutzung der präzisierten Finanzordnung.

Neben den allgemeinen Informationen und Diskussionen, bei denen u.a. der errungene juristische und politische Erfolg rund um die rentenrechtliche Anerkennung von Zulagen für die verschiedenen Bereiche der Polizei in der DDR eine Rolle spielte, war es für uns bedeutsam, wie man es in den großen und in kleinen TIG versteht, damit umzugehen, denn manche guten Umgangs- und Arbeitsformen in den Gruppen aus vergangenen Zeiten sind bei unserem Altersdurchschnitt (z. B. 77 Jahre bei den TIG-Vorsitzenden), dem hohen Kranken- und Behindertenstand unter unseren Mitgliedern sowie ihrer oftmals über -zig km voneinander entfernt liegenden Wohnorte nicht mehr möglich. Unsere Vorstände verstehen es aber, dem Rechnung zu tragen und Lösungen zu finden.

Aus den Erfahrungsberichten der einzelnen TIG konnte jeder von uns die eine oder andere Anregung mitnehmen, auch wenn manches

nicht mehr überall anwendbar ist, so wie in meiner TIG in Wolgast, Anklam und Insel Usedom. In den Diskussionen wurde u.a. bei der Arbeit der TIG darauf verwiesen: Jeder von uns sollte sich, soweit es Körper und Geist noch ermöglichen, in regionale Aktivitäten der Friedensbewegung einbringen, denn die Gefahr ist sehr groß und erinnert an Zeiten vor ca. 85 Jahren. Auch nur Anwesenheit oder Überzeugung der Kinder und Enkel zur Teilnahme an entsprechenden Friedenskundgebungen ist derzeit sehr wichtig! Die „Alternative Einheitsfeier“ zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR am 7. Oktober, 10:00 Uhr in Neuenhagen bei Berlin wäre eine der nächsten Möglichkeiten. Auch die Akteure des Friedensmarsches in Schwerin hätten sich mehr Teilnehmer gewünscht.

Wir sind uns einig, dass die konkrete Betreuung unserer ältesten und kranken Mitglieder wesentlich mehr an Bedeutung gewinnt, das Gespräch mit ihnen, die Gratulation zu Geburtstagen, die Unterstützung bei notwendiger Hilfe u.a. Beim Kontakthalten untereinander sollten wir unter den heutigen Bedingungen möglichst auch die modernen Methoden der

Kommunikation wie E-Mail u.a. nutzen, über die ja wahrscheinlich jeder zweite oder dritte unserer Mitglieder verfügt, und sei es über seine Kinder. Aber auch ein Telefongespräch kann wichtig sein.

Hier und da wurde festgestellt, dass Mitglieder der uns politisch am engsten verbundenen Partei DIE LINKE nicht mehr so richtig nachvollziehen können, was unsere Probleme sind. Unsere Dr. Martina Bunge, ehemalige Bundestags-Abgeordnete der Partei DIE LINKE, hatte mehrfach darauf hingewiesen. Also sollten wir doch auch als Nicht-mehr-Parteimitglied wieder mal in eine Mitgliederversammlung der jeweiligen Ortsorganisation gehen und als Sympathisant unsere Anliegen erläutern. Die Genossen werden uns dankbar sein, allein auch für unser Erscheinen. Zusammen mit unserem ältesten TIG-Vorsitzenden Dr. Eberhard Pobbig werde auch ich als Mitglied der Linkspartei dies bald wieder tun. Völlig einig waren wir uns, dass der juristische Kampf an verschiedenen Positionen in enger Verbindung mit dem politischen Kampf auf diversen Ebenen zur Durchsetzung unserer Satzungsziele keinesfalls beendet ist und dass die Beschlüsse der letzten Vertreterversammlung zusammen mit der aktuellen Führungskonzeption unseres Vorstandes nach wie vor gültig und auch die Grundlage der Arbeit unserer territorialen Gruppen in M/V ist. Wir werden

### Das Informationsblatt der TIG Rostock ergänzt in seiner aktuellen Ausgabe oben stehenden Bericht:

Auf nationaler Ebene sei dieser Weg mit der Rechtsatzbeschwerde zu Ende gegangen. Nun müsse das internationale Pflaster betreten werden.

Ziel sei der Menschenrechtsrat der UN und die sich aus dem Zusatzprotokoll der internationalen Menschenrechtskonvention ergebenden Möglichkeiten.

In Zusammenarbeit mit Menschenrechtsexperten bei der GBM sind hier weitere Schritte geplant.

Herausgestellt wurde der juristische Erfolg, die Begründung von Rentenansprü-

chen aus den bei der VP gezahlten Zulagen betreffend.

**Allen mit Vordienstzeiten bei der VP, in den Wachtmeister- und unteren Offiziersdienstgraden wird geraten, sich zu informieren und bei Erfolgsaussichten entsprechende Anträge zu stellen. Als Ziel wurde nun formuliert:**

**„Was bei der VP möglich ist, muss auch bei NVA und Zoll zu erreichen sein!“**

uns im nächsten Jahr im Juni erneut treffen, so haben wir es einstimmig beschlossen, hoffentlich noch einigermaßen gesund und munter in gleicher Zusammensetzung. Vielleicht kann unser Treffen eine Anregung für andere Landesverbände sein

**Volker Sachse, Ostseebad Karlshagen.**

\*

## Aus der Postmappe

Etwas fiel mir auf, als ich den Leserbrief von Karl Sauer in **ISOR aktuell** vom Juni las. Er schreibt sinngemäß, dass ihm die Formulierung gegen den Strich geht, man habe um die Rentenzuschläge gekämpft. Er habe für Frieden und Sozialismus gekämpft, nicht aber um Groschen zur Rente von diesem Staat. Ja, das ist die eine Sicht, die man haben kann und die den Stolz zeigt, den man auch haben kann. Das verstehe ich sogar. Doch habe ich eine andere Sicht.

Auch ich wurde in diesen Staat hineingesogen, ohne gefragt zu werden und ohne eine vernünftige Alternative zu haben. Ich musste mit ansehen, wie Industriebetriebe als Konkurrenten der Westindustrie abgewickelt oder verscherbelt wurden. Westunternehmen wie Banken, Versicherungen, Immobiliengesellschaften kauften sich billig die staatlichen adäquaten DDR-Einrichtungen ein und hatten damit nicht nur Kunden und Vermögen, sondern auch die „Schulden“ erworben, die sie von den DDR-Bürgern nochmal eintrieben. Denn das Vermögen hatten DDR-Bürger über 40 Jahre mir ihrer zweiten Lohntüte angespart. Die Darlehen an die Betriebe kamen aus diesem Fonds. Also Volksvermögen, das die Betriebe zurückgezahlt hätten und das wieder zum Volksvermögen geworden wäre. Nun aber gehörte mein Geld der Westsparkasse und der Allianz.

Grund genug für mich, nicht auf einen einzigen Groschen – oder Cent – zu verzichten, der mir nunmehr als Rentner zusteht. Denn ist es nicht ein Unding, dass bereits erarbeitete Rentenansprüche gekürzt werden, wenn man vor dem willkürlich festgelegten und immer weiter rausgeschobenen Renteneintrittsalter seine Rente in Anspruch nehmen will? Von dem generellen Unrecht der politischen

Rentenkürzung für „ausgewählte“ Ex-DDR-Bürger mal ganz abgesehen. Und noch 30 Jahre nach der Wende werden Urteile gesprochen, dass bestimmte Beträge der Löhne und Gehälter von DDR-Beschäftigten der Rente zuzurechnen sind. Was für ein unermüdlicher Kampf bestimmter Berufsgruppen steht dahinter, sich durch den Justiz-Dschungel zu kämpfen, nicht müde zu werden, nicht aufzugeben und dem Recht und damit der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen! Diesen Menschen, die das unbeirrt tun, gehört meine ganze Achtung und Anerkennung!

**Birgit Fischer, Berlin**

\*

## Stirbt die SPD?

Nach 156 Jahren hat die SPD abgewirtschaftet!

Durch den Beitritt der DDR stiegen die Mitgliederzahlen von SPD und CDU erheblich. Die SPD erreichte eine Mitgliederzahl von fast einer Million!

Im Osten Deutschlands bildeten sich überall Ortsgruppen, zum Teil von evangelischen Pastoren gegründet und geleitet.

Von der SED war man enttäuscht und versprach sich von CDU und SPD den Garten Eden.

Dann kam der erste Hammer. Auch die zum Teil völlig neuen Betriebe wurden abgewickelt, völlig neue Maschinen wurden zum Teil ins Ausland verhökert. Statt für hohes Arbeitslosengeld zu reisen, wie vorher die arbeitslosen Brüder und Schwestern, die man z.B. in Ungarn beim gemeinsamen Urlaub kennengelernt hatte, saß man arbeitslos und das im besten Arbeitsalter zu Hause. Die jüngeren gut ausgebildeten Männer und Frauen, bei der Bundesbahn durften sie nicht älter als 25 Jahre sein, wurden mit Kuss-hand genommen. In den Medien, wurde wieder die DDR verteufelt. Merkel, Thierse, Eppelmann taten alles, um die DDR schlechtzureden.

Dann kam Bundeskanzler Schröder mit Herrn Fischer als Außenminister und Herrn Scharping als Verteidigungsminister und versprachen Reformen aller Art. Was aber geschah?

„Hartz IV“, Eintrittsgeld beim Arztbesuch, Anstieg der Eigenanteile bei den Krankenkassen, 10 € pro Tag bei stationärer Behandlung im Krankenhaus, Wegfall der Sterbehilfe usw. Statt sozial zu handeln, hat der SPD-Kanzler

alles getan, um den Konzernen z.B. Steuer-senkungen zukommen zu lassen.

Das Rentenniveau wurde erheblich gesenkt. Alles SPD!

Dann kam der erste Krieg in Europa nach 1945. Jugoslawien/Serbien wurde bombardiert. Herr Scharping erfand die wildesten Verbrechen, die Serben begangen haben sollten und stellte mit seinen Lügen die völkerrechtswidrigen Bombenangriffe als friedenserhaltende Maßnahme dar.

Bundeskanzler Schröder fand einen günstigen Zeitpunkt und ließ sich demokratisch abwählen.

Die Folgen der SPD/Grünen/Regierung lassen sich sowohl am Rückgang der Mitgliederzahlen der SPD als auch an den Stimmenverlusten bei den jüngsten Wahlen messen. Die SPD hat noch ca. 480 000 Mitglieder. Seit Schröder hat sich der Mitgliederbestand halbiert. Die Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen werden diesen Rückgang weiter zeigen. Die SPD wechselt ihre Führungsspitze wie andere das Hemd. 15 Patevorsitzende seit 1990. Man kennt sie kaum noch dem Namen nach.

Alle haben mehr oder weniger eine gemeinsame Politik mit der CDU gemacht und demzufolge eine Politik im Interesse des Kapitals. Das heißt, es gibt kaum noch Unterschiede zwischen CDU und SPD. Auch wenn Frau Nahles von „in die Fresse“ sprach, hat sie gemeinsame Sache mit der CDU gemacht. Man könnte Tagebuch führen über den Niedergang der SPD, beginnend mit August Bebel.

Ein Wort noch zur SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Hier steigt die Mitgliederzahl noch ein wenig. Bismarck wird das Zitat zugeschrieben, dass in Mecklenburg alles erst 100 Jahre später passiert. Die SPD wird, wenn sie so weitermacht, in ca. 10 Jahren ganz verschwunden sein. Bedeutungslos ist sie heute schon. Erschreckend hingegen ist der Zulauf der AfD. Bleibt zu hoffen, dass die Menschen schnell merken, dass sich mit dieser Partei weder Friedenspolitik noch Sozialpolitik erfolgreich umsetzen lässt.

**Frieder Rosada**

\*

## Zwischenruf

So war das also: Nachdem die „Alliierten“ im Juni 1944 endlich in der Normandie anlandeten, um die deutschen Beinahe-Verbündeten nun doch in Richtung Berlin naja, zu treiben, erfuhr der erstaunte Fernsehgucker am 25. Juni im N-TV, dass sich etwa ein Jahr später der vom Über- zum Untermenschen geschrumpfte A. H. im Keller seiner

Reichskanzlei in Berlin vor den „alliierten Truppen“ verbergen musste. Ja, das waren Kerle, diese „Alliierten“. Kaum angekommen, war der Krieg vorbei und Deutschland befreit.

**Wie bitte? Rote Armee? Nie gehört.**

**w.k.**

## Von den „Basisaktivisten lernen – bedeutet erfolgreich sein“!

Jeden Tag erfahren wir über die Medien, in persönlichen Gesprächen und im aktiven Leben, dass die hiesige kapitalistische Gesellschaft sich nicht nur von der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“ verabschiedet hat und sich hin zur aggressivsten Form des Imperialismus - hin zum Faschismus entwickelt. Selbst wenn wir zum Glück noch nicht von dem Faschismus wie im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges sprechen, so erleben wir vielfach faschistoide Erscheinungen im alltäglichen Leben. Viele Bürger erleben es in den Kommunalparlamenten, wo z.B. AfD-Abgeordnete agieren, oder bei den zahlreichen rassistischen Demos, Musikkonzerten bis hin zum abgelaufenen Europa- und Kommunalwahlkampf, wo neben der NPD (in MV) auch die AfD sich zur Wahl stellte und mit ihren Losungen sich deutlich rassistisch offenbarte.

Dass in dieser Zeit die große Koalition in Berlin die militärischen Ausgaben forciert und im Gleichklang dazu sich mit faschistischen Regierungschefs wie z. B. in Brasilien und Kolumbien trifft und diese Lateinamerikareise des SPD-Außenministers auch noch als eine „dringend notwendige Reise zu Freunden“ betitelt, rundet den Beweis des Rechtsrucks in dieser Gesellschaft ab.

Dass man gerade unter diesen Entwicklungstendenzen die Schaffung einer breiten linksorientierten Aktionsfront benötigt, sollte allein schon aus der Historie betrachtet, jedem friedliebenden Menschen nicht nur bewusst sein, sondern auch zum aktiven Handeln bewegen.

Wir erleben aber auch gerade in dieser Zeit, dass in der Führungsebene linksorientierter Parteien und Vereine nicht nur persönliche Befindlichkeiten, sondern auch dogmatische Rechthaberei diese so dringend benötigte Bildung einer breiten Aktionsfront immer wieder verhindert.

Dass es auch anders geht, hat gerade die letzte Protest-Aktion im Rahmen des landesweiten „Tages der Bundeswehr“ bewiesen.

Mit gewohnter akribischer Vorbereitung hat das Rostocker Friedensbündnis den Kontakt zu den friedliebenden Bürgern in Stralsund gesucht, wo der „Tag der Bundeswehr“ in MV begangen werden sollte. Dort fanden sich neben Basismitgliedern der Linkspartei auch Genossen der DKP ein, um gemeinsam die Protest-



aktionen vorzubereiten. Im Ergebnis wurden in den jeweiligen Beratungen vor Ort weitere Organisationen mit eingebunden.

Letztendlich konnten unter der organisatorischen Leitung des Rostocker Friedensbündnisses die Basisgenossen der Linkspartei Stralsund, die Genossen der DKP aus Rostock, Stralsund, Rügen und Greifswald, wie Vertreter von IPPNV, ISOR aus Rostock und Mitglieder des RotFuchs Fördervereins e.V. aus Rostock, an den drei Brücken zum Veranstaltungsort in Stralsund - gut sichtbar mit zahlreichen Plakaten und Transparenten - ihren Protest gegen die Militarisierung der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Selbst die Bundeskanzlerin, die im Rahmen ihres Wahlkreisbesuches es sich nicht nehmen ließ, ein paar gewohnt überflüssige Worte zur Rechtfertigung der militärischen Hochrüstung zu äußern, kam an unserem Protest nicht vorbei.

Dass unter strengen Sicherheitsauflagen auf dem Alten Markt in Stralsund auch noch das öffentliche Gelöbnis stattfand, machte es für uns Protestierende nicht gerade leicht, unsere Flyer zu verteilen und mit den Gästen ins Gespräch zu kommen.

Wir haben aber in kürzester Zeit (noch nicht einmal 2 Stunden), weit über 800 Flyer, Aufklärungsbroschüren usw. verteilt und sind dabei

mit nicht wenigen Gästen in sachliche Diskussionen gekommen, und das ist insgesamt als Erfolg zu bewerten.

Selbst die Ostsee-Zeitung und der Südkurier in Pfullendorf (in Bayern) haben über unseren Protest berichtet, das ist mehr als ein Achtungserfolg.

Dieser Erfolg ist aber nur zu Stande gekommen, weil alle Protestler, trotz punktuell politischer Unterschiede sich auf das verständigt haben, was uns alle einigt, einigen sollte - der Kampf um den Frieden und gegen jegliche rechtsextreme Erscheinung.

Die spontane Idee vom DKP-Genossen Erich Bartel aus Stralsund und seiner Ehefrau, alle Protestler zu sich nach Hause einzuladen und noch mit Bockwurst, Salat und Getränken zu

versorgen, war mehr als nur eine gutgemeinte Geste. Es war das praktische Vorleben, dass wir im Prinzip alle eine große Familie sind, denen der Erhalt des Friedens und der Kampf gegen Rechtsextremismus ein Grundbedürfnis ist.

Dass wir für künftige Aktionen noch viele Gleichgesinnte benötigen, ist auch an diesem Tag offensichtlich geworden. Die Möglichkeit dazu wird es nicht nur nächstes Jahr zum Tag der Bundeswehr in Laage geben, sondern bei zahlreichen Gedenktagen wie z.B. dem Hiroshima-Tag am 5. und 6. August 2019 in Rostock, am 31. August 2019 zum Friedensfest der Linken in Graal-Müritz oder überörtlich bei den zahlreichen Aktivitäten um den 1. September, den Beginn des Zweiten Weltkrieges. Aber nicht nur diese wichtigen Gedenktage sollten unsere friedenspolitischen Positionen deutlich werden lassen, sondern die tagtäglich geführten Gespräche sind ebenso wichtig wie notwendig.

Was hier erfolgreich auf der untersten Ebene der politischen Basisarbeit möglich ist, muss bis in die Führungsetage jeglicher Organisationen, Parteien, Gewerkschaften usw. Einzug halten und selbstverständlicher Bestandteil der täglichen politischen Arbeit sein.

**Carsten Hanke**

## Wir dürfen nicht nachlassen, unseren Willen nach Frieden zu bekunden!

Unser Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., gegründet 1999, hat seinen Sitz in Berlin. Inzwischen haben wir Mitglieder in drei Bundesländern. In Berlin sind wir zu vielen friedenspolitischen Aktionen auf der Straße, wobei unser Hauptschwerpunkt dem

Kampf für eine atomwaffenfreie Welt gilt. In dieser globalisierten Welt, wo die größten Profiteure durch Aufrüstung und Kriege erzielt werden, haben wir als Friedensbewegung nur eine Chance, wenn wir uns vor allem mit anderen politischen Initiativen und Be-

wegungen verbünden. Denn die Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen kann nur mit friedlichen Mitteln erfolgen.

Das Jahr 2019 lässt, insbesondere auch durch die Kündigung des INF-Vertrages; die

Gefahr eines Konfliktes, bis hin zu einem Atomkrieg für Europa und die Menschheit weiter anwachsen. Dem ganzen Aufrüstungswahnsinn und dieser neuen Eskalationsspirale setzen nicht nur wir, die Friedensbewegten, die Forderung nach Abrüstung und vor allem Diplomatie entgegen. Im Juli 2017 kamen die Verhandlungen über ein völkerrechtlich abgesichertes, vollständiges Verbot von Atomwaffen zum Abschluss. 122 Staaten vereinbarten bei den Vereinten Nationen in New York einen entsprechenden Text. Seit September 2017 liegt der Vertrag zur Unterzeichnung bereit. 57 Staaten haben bereits ihre Unterschrift hinterlegt. Deutschland allerdings lehnt die Vereinbarung ab und will auf keinen Fall beitreten. Die Bundesregierung stellt sich mit ihrer Weigerung, dem „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ beizutreten, ins Abrüstungspolitische Abseits. Deshalb unterstützen wir die Forderung, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbot ohne Wenn und Aber – nicht in ferner Zukunft, sondern jetzt!

Noch immer lagern in Büchel 20 US-Atomsprengköpfe. Und unsere Bundesregierung ist zu feige, dieses Thema bei den USA und der NATO auch nur anzusprechen. Viel schlimmer, sie verteidigen die Stationierung von Atomwaffen mitten in Deutschland sogar unter Verweis auf die „Abschreckung“. Wir sagen klar: Wir brauchen nicht Abschreckung, son-

dern Abrüstung. Die Atomwaffen von Büchel müssen weg! Der bedrohliche Stand der Weltuntergangsuhr und die durch Wissenschaftler aufgezeigte Gefahr für die Menschheit und unseren Planeten durch einen Atomkrieg, sind weitere warnende Zeichen.

Umso mehr ist es uns Anspruch, in unserem friedenspolitischen Engagement nicht nachzulassen. Um dem Einhalt zu gebieten und Gesicht zu zeigen, benötigen wir auch weiterhin Ihr Engagement und Ihre aktive Unterstützung.

Regierungen finanzieren die Rüstung – Bürgerinnen und Bürger Kampagnen für den FRIEDEN.

Am 1. September begehen wir den 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges und den 30. Jahrestag der Einweihung der Weltfriedensglocke Berlin im Volkspark Friedrichshain.

Aus diesem Anlass werden wir ein Buch über die Geschichte der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain herausbringen und den 20. Jahrestag der Gründung unseres Vereins am 07. Oktober würdig begehen.

**Anja Mewes, Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.**

[www.weltfriedensglocke-berlin.de](http://www.weltfriedensglocke-berlin.de)

E-Mail: [friedensglockengesellschaft@web.de](mailto:friedensglockengesellschaft@web.de)

### Einladung zum Altmarktreffen

Wir laden alle Mitglieder von ISOR und Sympathisanten herzlich zum Altmarktreffen nach FEINE SACHE Jeggeleben Süd Altmarkkreis Salzwedel ein.

**Das Treffen am Samstag, 31. August 2019 beginnt um 10 Uhr.**

Wir beginnen es mit einem gemeinsamen Imbiss. Gegen 13.00 ist das Mittagessen vorgesehen. Der Kostenbeitrag beträgt 18 Euro

Für unser Altmarktreffen haben wir den Geschäftsführer von ISOR Wolfgang Schmidt eingeladen. Sein Kommen hat Lühr Henken, Friedensaktivist aus Berlin, zugesagt. Ebenfalls ist eingeladen der Bundestagsabgeordnete Der Linken aus der Altmark Matthias Höhn. Am Vortag des Weltfriedenstages wird Lühr Henken zu aktuellen Fragen der Friedensaktivitäten Stellung nehmen.

**Anmeldungen bitte bis zum 20. August an Eckhard Szabaschus** Tel. 03931 710902 oder per E-Mail [e.szabaschus@web.de](mailto:e.szabaschus@web.de).

*ISOR TIG Salzwedel Klötze und Stendal*

### Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**Postanschrift:**

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 26.06.2019

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 31.07.2019

**Einstellung im Internet:** 07.08.2019

**Auslieferung:** 14.08.2019

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

**Layout:** R. Serinek

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**E-Mail:** [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

**Redaktion:** [Isor-Redaktion@t-online.de](mailto:Isor-Redaktion@t-online.de)

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVXXX

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16